



Postauto AG: Die Revisoren merkten nichts Prüfer sollten keine Freunde sein

Die Idee hatte wohl ein Buchhalter der Postauto AG. Es muss noch vor der Jahrtausendwende gewesen sein, kurz nachdem die PTT in Swisscom und Post aufgeteilt worden war. Damals ging es darum, wie die Rentabilität von subventionierten Postautolinien schlechter gerechnet werden kann, damit die Zuschüsse besser fließen.

Die Lösung war, dass man für die betreffenden Strecken Pneus und Ähnliches anschaffte – aber nur zum Schein. Die Kosten wurden der Sparte «Übriges» als Erträge gutgeschrieben. Die subventionierten Linien kauften die fiktiven Pneus also quasi von der Sparte «Übriges». Zudem wurden die Buchungen in der sogenannten Periode 15 verrechnet. Diesem fiktiven Zeitraum werden Kosten zugerechnet, die ausserhalb des Rechnungsjahres gebucht werden, es aber noch betreffen.

Von 2007 bis 2015 fanden rund 200 000 solche Scheinbuchungen statt. Da die Schummelei bereits vor der Jahrtausendwende begann, könnten es insgesamt über 400 000 Betrugsmanöver gewesen sein.

Buchhaltungsprofis halten es für extrem unwahrscheinlich, dass dies weder die Finanzchefs der Postauto AG noch ihre Rechnungsabteilungen bemerkt haben wollen. Wirklich befremdlich aber ist, dass nicht einmal die Revisionsfirma KPMG Notiz von solchen Tricks genommen hat.

Im Untersuchungsbericht heisst es dazu: «KPMG hätte ohne Kenntnisse der Buchhaltungspraxis das Projekt nicht begleiten können.» Gemeint sind die fiktiven Buchungen. Zudem wird der Revisionsfirma vorgeworfen, es habe ihr an einer kritisch hinterfragenden Grundhaltung gemangelt.

Es ist natürlich schwierig, die Hand zu beissen, die einen füttert: Die Post bezahlte gut für die sogenannte Prüftätigkeit der KPMG. In den letzten vier Jahren waren es pro Jahr zwischen 3,4 und 4,1 Millionen Franken. Die Post war ein Grosskunde, den die KPMG ungern verloren hätte.

Die KPMG kann auf 20 Jahre Prüftätigkeit für die Post zurückbli-

cken. Während dieser Zeit dürften manche freundschaftlichen Beziehungen zwischen KPMG und Post entstanden sein. Auch so etwas erschwert eine «kritische Grundhaltung».

Im Nachgang zum Grounding der Swissair gab es schon einmal ähnliche Hinweise. Im Jahr 2003 forderte Rudolf Strahm, damals noch Nationalrat der SP, dass die Buchprüfungsgesellschaft alle drei Jahre gewechselt werden muss. Aber die Revisionsbranche wehrte sich, und das Anliegen kam nicht durch. So konnte KPMG 20 Jahre lang die Bücher der Post prüfen, ohne dass ihr 400 000 fiktive Buchungen aufgefallen wären.

In der EU gilt, dass Firmen mindestens alle zehn Jahre den Revisionsauftrag neu ausschreiben müssen. Diese Rotationspflicht sollte auch in der Schweiz eingeführt werden.



Bericht, Seiten 4–5

Harry Büsser,
Wirtschaftsredaktor

Migrationsfrage in Europa

Nationalismus ist falsch

Auch wenn es bisher nur markige Parolen sind, mit denen Horst Seehofer seiner bayerischen CSU im Herbst die absolute Mehrheit retten will – im Notfall würde der deutsche Innenminister wohl nicht zögern, die Axt sogar gegen die Fundamente der Europäischen Union zu schwingen. Unterstützung fände er bei seinen Freunden in Warschau und Budapest, in Wien und Rom. Die leben nämlich längst nach der neuen Seehoferschen Anti-EU-Maxime «Jeder für sich».

Legal oder illegal – Europa hat in der Tat ein ernstes Problem mit der Migration. Der Kontinent hat sich mit dem fremdenfeindli-

chen Virus infiziert. Flucht vor Krieg, Verfolgung und Armut – was bitte hat das mit uns zu tun? Und ausserdem: «Wir können ja schliesslich nicht alle retten!»

Denken wir die Parole «Jeder für sich» aber einmal zu Ende. In der Schweiz baten vergangenes Jahr rund 18 000 Menschen um Asyl. Ein beachtlicher Teil von ihnen hat sich nach Deutschland abgesetzt. Sollte sich Seehofer in Berlin durchsetzen – sie alle müssten von der Schweiz zurückgenommen werden.

Natürlich würden auch diese Illegalen weiter nach

Süden verschoben werden und dann nach Libyen.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass diese Menschen sich nicht bei erster Gelegenheit wieder auf den Weg machen würden.

Und wenn Italien «seine» Migranten dann einfach unkontrolliert in die Schweiz reisen lässt? Herrscht dann grössere Sicherheit? Nein – nationale Ansätze gegen die Migration sind nicht die Lösung. Sie verschärfen das Problem.

Bericht, Seiten 22–23



Johannes von Dohnanyi,
Auslandsredaktor